

2010-02-02

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 15.12.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:20 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 226, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Andrich, Monika  
Stöbe, Karin

### **Seniorenbeauftragter**

Scholz, Klaus

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dreibrod, pünktlich eröffnet.

### **2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

### **3. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Ladung zur Sitzung war form- und fristgemäß erfolgt. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben

### **4. Genehmigung der Niederschrift vom 17.11.2009**

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.11.2009 wurde einstimmig bestätigt (7:0:2).

## **5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.11.2009 waren keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden.

## **6. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten**

Frau Griebisch fragte nach dem aktuellen Stand der Unterstützung der Tafeln durch Kommunal-Kombi.

Herr Kauß:

Die Tafeln wurden zusätzlich in das Programm aufgenommen, es kann aber keine Förderung realisiert werden. Gemeinsam mit dem Jobcenter werden wir versuchen, die Förderung über eine andere Maßnahme zu realisieren. Allerdings hätte diese eine kürzere Laufzeit.

Herr Schwierz hatte mehrere Anfragen:

1. Wie sieht es in Dessau-Roßlau mit der künftigen Struktur Jobcenter/Arbeitsagentur aus?
2. Wie hoch ist die Zahl der Personen, die aufgrund des Einkommens des Ehepartners keine Leistung des Jobcenters erhalten, somit auch in keine Maßnahme vermittelt werden können?
3. Anfrage zur Barrierefreiheit in der Stadt Dessau-Roßlau: Ein Rollstuhlfahrer konnte an der Hauptpost nicht in die Straßenbahn gelangen.

Herr Dr. Raschpichler:

In Berlin wurde eine Sondersitzung des Deutschen Städtetages durchgeführt, um die aktuelle Situation mit den Kollegen zu beraten. Wenn es zu keiner Änderung des Grundgesetzes kommt, dann wird es eine getrennte Bearbeitung geben, d. h., die Kosten der Unterkunft werden durch die Kommunen bearbeitet werden. Die Leistungsempfänger müssten dann wieder an zwei Stellen ihre Leistungen beantragen.

Wir erwarten, dass die kooperative Zusammenarbeit mit der Agentur in Dessau-Roßlau fortgesetzt wird.

Die Beantwortung der 2. Frage von Herrn Schwierz wird zur Beantwortung an das Jobcenter weitergegeben.

Frau Scheer-Daniel:

Der ÖPNV, Herr Henschel, wird im nächsten Jahr einen Workshop für die Bus- und Straßenbahnfahrer durchführen. Bei Problemen betreffs der Barrierefreiheit des ÖPNV bitte an mich oder direkt an Herrn Henschel wenden.

Herr Gebhardt fragte nach den Prioritäten für die Maßnahmen Kommunal-Kombi. Er äußerte sein Bedauern, dass die Priorität für die Tafeln nicht höher gesetzt wurde. Die Ortschaftsräte wurde in Kommunal-Kombi aufgenommen, die Tafeln aber nicht.

Herr Busch:

Wer hat festgelegt, dass die Ortschaftsräte eine Kommunal-Kombi-Maßnahme erhalten? Wir hatten die Priorität für die Tafeln schon festgelegt.

Herr Dr. Raschpichler:

Wir haben die Entscheidung für die Ortschaftsräte getroffen, weil dort langfristig eine solche Maßnahme zu Tragen kommt.

Wir haben versucht, alle Anträge abzudecken, die im Bereich Kommunal-Kombi gestellt wurden. Dies ist uns leider nicht für alle gelungen. Wir werden gemeinsam mit den Tafeln weiter nach einer Lösung suchen.

Im Übrigen erhalten die Tafeln auch von verschiedenen Seiten Spenden,.

Frau Ehlert widersprach der Aussage, dass für alle Hilfe gewährt wird. Dem ist nicht so. Sie war bei den Tafeln vor Ort und hat sich die Situation selbst angesehen.

Weiterhin erbat sie eine Übersicht zur Entwicklung der Leistungsberechtigten nach dem Wohngeldgesetz in der Stadt Dessau-Roßlau im Jahr 2009.

Zur kostenlosen Schulspeisung fehlt jegliche Übersicht dazu, wie es angelaufen ist, wie dies in Anspruch genommen wird.

Im Zusammenhang mit der Bildung des Eigenbetriebes Kita ist es das Anliegen der Fraktion, dass die Hausmeister mit in den Eigenbetrieb aufgenommen werden.

Es liegt ein Schreiben der Tierschutzorganisation zur Kastration von Katzen vor. Wie steht die Stadt zu diesem Problem?

Herr Dr. Raschpichler:

Dieses Schreiben der Tierschutzorganisation ist nicht bekannt, dazu muss Rücksprache mit dem Veterinäramt genommen werden.

Der Eigenbetrieb Kita soll das Personal zur Verfügung gestellt bekommen, welches benötigt wird, um den Betrieb in den Kindereinrichtungen zu gewährleisten. Dies muss personalrechtlich geklärt werden.

Zur kostenfreien Schulspeisung wurde mit den Schulleitern vereinbart, zum Februar 2010 einen Bericht zu erstellen. Der Ausschuss wird darüber informiert werden.

Die Aussage zum Wohngeld wird durch Amt 50 erfolgen.

Herr Trocha fragte an, wie die Gewährung der kostenfreien Schulspeisung in Schulen in freier Trägerschaft ist.

Herr Dr. Raschpichler sagte zu, dass diese Antwort schriftlich ergeht.

Herr Dreibrodt stellte den Antrag auf Rederecht für einen Vertreter der Selbsthilfegruppen. Frau Götze, Leiterin der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen, hatte ihn vor der Ausschusssitzung kontaktiert und um das Rederecht für einen Vertreter gebeten.

Das Rederecht wurde durch die Ausschussmitglieder einstimmig gewährt.

Herr Lawrenz, Leiter der Selbsthilfegruppe Aphasie/Schlaganfall, berichtete:

- Es ist bekannt, dass die Stadt in der angespannten finanziellen Situation mit den finanziellen Mitteln äußerst sparsam umgehen muss. Trotzdem muss ich als Bürger der Stadt und als Behinderter die Erfordernisse der Erklärung von Barcelona anmahnen.

Durch den Beschluss des Stadtrates zum Beitritt der Erklärung von Barcelona hat die Stadt die Verpflichtung, die nötigen Mittel und Ressourcen für Chancengleichheit, Wohlstand und Mitbestimmung aller ihrer Bürger zur Verfügung zu stellen.

- Die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte umfasst dabei insgesamt die Hilfe und Unterstützung bei der Wiederwahrnehmung der Chancengleichheit als Behinderter. Durch die Behinderung, die meist in Folge einer Erkrankung eintritt, steht der Betroffene zumeist vor einer vollkommen neuen Lebenssituation, mit der er erst zurechtkommen muss und dabei können die Selbsthilfegruppen eine große Hilfe sein.
- Die Selbsthilfegruppen können zwar die medizinische und therapeutische Behandlung nicht ersetzen, aber sie können diese Behandlung sinnvoll ergänzen. In den Selbsthilfegruppen haben sich Betroffene und Angehörige zusammengeschlossen, die viele wertvolle Hinweise zur Bewältigung der Folgen der Erkrankung untereinander aus eigener Betroffenheit und Erfahrung vermitteln und sich gegenseitig unterstützen. Zum anderen eignen sie sich u. a. über ärztliche Fachvorträge Wissen und Verhaltensweisen an, die sie befähigt, gesundheitsbewusster zu handeln.
- Die Arbeit der Selbsthilfegruppen wird vor allem durch das Städtisches Klinikum und andere Krankenhäuser der Stadt, niedergelassene Ärzte und Apotheken wirksam unterstützt, wofür die Mitglieder der Selbsthilfegruppen sehr dankbar sind.
- Die Selbsthilfegruppen in der Stadt Dessau-Roßlau haben über 1.300 Mitglieder in 50 Gruppen. Überwiegend handelt es sich um Personen im Rentenalter.
- Vertreter der Selbsthilfegruppen haben erkannt, dass noch mehr Betroffene und deren Angehörige in Selbsthilfegruppen verankert werden müssen. Die Selbsthilfegruppen werden deshalb durch öffentliche Veranstaltungen und auch Faltblätter verstärkt um eine Mitarbeit. In der Öffentlichkeitsarbeit steht aber vor allem die Aufklärung in gesundheitlichen Fragen im Mittelpunkt und nicht nur die Mitgliederwerbung.
- Für das ehrenamtliche Engagement ist es aber nicht förderlich, wenn die Kosten für Porto, für Telefonate und Büromaterial z. T. aus eigener Tasche bezahlt werden müssen. Die Selbsthilfegruppen benötigen finanzielle Hilfe nicht nur dafür, sondern u. a. auch zur Bezahlung der Raummiete und der Honorare für Referenten.  
Seit 2008 erfolgt keine finanzielle Förderung durch die Stadt, dadurch werden die Selbsthilfegruppen gefährdet. Die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen wird durch die Stadt nur gering und durch das Land seit Dezember 2009 nicht mehr gefördert. Ohne die Kontaktstelle, die unmittelbare Unterstützung der Selbsthilfegruppen nicht nur bei deren Gründung sondern auch in der laufenden Gruppenarbeit leistet, ist der Fortbestand der Selbsthilfegruppen kaum mehr möglich.
- Wenn die Stadt schon keine Möglichkeit hat, alle Selbsthilfegruppen zu fördern, sollte wenigstens durch eine ausreichende finanzielle Förderung der Kontaktstelle deren weitere Arbeitsfähigkeit gewährleistet werden.

Herr Dr. Raschpichler sagte, dass er die Enttäuschung verstehen kann, da seit 2008 aufgrund der Haushaltssituation keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden können. Wir haben derzeit aber auch die Situation in unserer Stadt, dass sehr viele Räume in der Stadt durch unterschiedliche Gruppen genutzt werden. Wir prüfen derzeit die gemeinsame Nutzung von Räumen durch mehrere Gruppen. Er bat um Verständnis dafür, dass geprüft werden muss, ob z. B. durch kostenfreie Nutzung von Räumen geholfen werden kann. Die Haushaltssituation für das nächste Jahr verspricht aber keine Besserung. Wir werden mit weiteren Einschnitten rechnen müssen.

Die Ausschussmitglieder dankten dem Vertreter der Selbsthilfegruppen für seine Ausführungen.

Herr Dr. Raschpichler:

Die Fortschreibung der KdU-Richtlinie wird so vorbereitet, dass sie im April beschlossen werden kann. In die Fortschreibung der Richtlinie wird das Urteil des Bundessozialgerichtes zu den Heizkosten eingearbeitet.

## **7. Informationen zur Broschüre "Altenpflegeheime in Dessau-Roßlau"**

Die Ausschussmitglieder erhielten jeweils ein Exemplar der Broschüre „Altenpflegeheime in Dessau-Roßlau“.

Frau Paesold berichtete.

Die Broschüre wurde gemeinsam mit den Trägern der Altenpflegeheime in der Stadt Dessau-Roßlau fertiggestellt. Alle Träger wurden angeschrieben, einbezogen und haben aktiv mitgearbeitet. Die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales waren ebenfalls zur Broschüre informiert worden.

Mit dieser Broschüre erhalten die Bürger, aufgeteilt nach Stadtteilen, einen umfassenden Überblick über das Angebot an Plätzen in den Altenpflegeheimen der Stadt Dessau-Roßlau.

Ab Januar 2010 wird die Broschüre veröffentlicht. Sie wird ebenfalls im Internet auf der Stadtseite eingestellt.

Herr Schwierz:

Der Anteil der Fachkräfte in den Einrichtungen hätte auch aufgezeigt werden können.

Frau Paesold:

Die letzte Statistik, die uns diesbezüglich vorliegt, ist aus dem Jahr 2007.

Die Aussagen zu den Pflegekräften aus dem Jahr 2007 hielten wir nicht für aussagekräftig für diese Broschüre. Im Rahmen der Sozialplanung bemühen wir uns um aktuelle Daten zu diesem Sachverhalt.

Die Broschüre soll jährlich aktualisiert werden. Hinweise dazu werden jederzeit entgegengenommen.

## 8. Informationen zur Sozialplanung

Zu diesem Tagesordnungspunkt führte Frau Gebhardt anhand einer Power-Point-Präsentation aus:

- Ziel ist es, zum 30.06.2010 die Sozialplanung der Stadt Dessau-Roßlau fertigzustellen.
- Frau Gebhardt informierte zu den einzelnen Arbeitsschritten und Beteiligungen: 67 Träger wurden angeschrieben, Rückmeldungen erfolgten aber nur in Höhe von 55 %. Informationen erfolgten z. T. nur für die Projekte, die durch die Stadt gefördert werden. In den Rückmeldungen der Träger wurden 189 verschiedene Projekte mit teilweise Unterprojekten benannt.
- Die Analyse der einzelnen Stadtbezirke erfolgt, um einen Sozialatlas erstellen zu können.

Herr Gebhardt bat darum, die Präsentation als Anhang zur Niederschrift der Sitzung auszureichen.

Die Erfüllung dieser Bitte wurde zugesagt.

Herr Schwierz fragte, ob in der Planung für die Jugendliche und Kinder auch die Kinderspielplätze aufgenommen werden.

Frau Gebhardt:

Das können wir machen.

Herr Dr. Plettner äußerte, dass ihm in der Planung der Sportplätze, auch in Hinblick auf die Jugendlichen, fehlt.

Frau Gebhardt:

Aufnahme der Sportplätze wird geprüft. Eine Verlinkung im Sozialatlas dazu wäre durchaus möglich.

Herr Puttkammer:

Für mich ist das eine überragende Aufstellung von statistischem Material. Wir müssen diese Übersicht, diesen Plan händelbar machen.

Frau Gebhardt:

Wir geben zu vielen Themen Handlungsempfehlungen.

Herr Dr. Raschpichler:

Wir müssen zuerst in die Bestandsanalyse hineingehen. Der Sozialplan ist gedacht als Grundlage für uns, zu entscheiden, wo müssen wir hineingehen. Wo sind Überangebote, wo sind Lücken. Dieser Sozialplan wird eine Rolle spielen, wenn ein Träger einen Antrag auf Fördermittel stellt.

Die Sportstättenkonzeption liegt vor, hier werden alle Sportvereine, alle Sportstätten – auch im Hinblick auf die Jugend – erfasst.

Herr Gebhardt:

Die SPD-Fraktion hatte auch immer die fehlende Sozialplanung der Stadt kritisiert. Eine solch umfangreiche Erhebung, wie sie heute vorgelegt wurde, hatte ich nicht erwartet. Aufgrund der Zeitschiene der Planung werden wir aber mit der Sozialplanung noch nicht fertig sein, bevor die Träger Leistungen beantragen.

Herr Dr. Raschpichler:

Im Zuge der Haushaltsdiskussion 2010 wurde vorgeschlagen, die Zuwendungen für die freiwilligen Leistungen insgesamt zu betrachten. Wenn wir immer in einzelnen zeitlichen Abschnitten Einzelleistungen bezuschussen, werden wir den Anforderungen nicht gerecht.

**10. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden um 18:20 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 02.02.2010

---

Hans-Peter Dreibrod  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Ingrid Drosdzoll  
Schriftführer